

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
 Ferner ins Haus, voraus zahlbar. Post-
 bezug: Monatlich 10.— M., einjährig 100.—
 M., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für
 Deutschland, Danzig, das Saar- und
 Ruhrgebiet, sowie die ehemals deut-
 schen Gebiete Polens, Oesterreich,
 Ungarn und Rumänien 12.— M., für
 das übrige Ausland 15.— M. (Post-
 bezugungen nehmen an Oesterreich,
 Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz.)
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
 beilage „Voll und Fein“, der Unter-
 haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
 Beilage „Siedlung und Kleingarten“
 erscheint wochentlich zweimal, Son-
 tags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
 Die achteckigen Kompositionen
 kosten 50 M. „Kleine Anzeigen“
 das fertige Wort 1,50 M. (zu-
 lässig zwei fertige Wörter), jedes
 weitere Wort 1.— M. Stellengeld
 und Schließelanzeigen das erste
 Wort 1.— M., jedes weitere Wort
 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Familien-An-
 zeigen für Abonnenten 50 Hg. — M.
 Die Preise verstehen sich einschließlich
 Steuerzuschlag.
 Anzeigen für die nächste Nummer
 müssen bis 6 Uhr nachmittags im
 Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
 straße 3, abgegeben werden. Gestrichen
 von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Redaktion Moriaplatz 15195-97
 Expedition Moriaplatz 11753-54

Sonnabend, den 20. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Intercaen-
 Abteilung Moriaplatz 11753-54

Einstimmigkeit des Rates erforderlich! Die Wohlfahrtspflegekonferenz.

Demokratisierung der Verwaltung.
 Von Hedwig Wachenheim.

Ishis Antwort an den Obersten Rat.
 Paris, 20. August. (WTB.) Wie der „Petit Parisien“ zu wissen glaubt, hat der Präsident des Völkerbundes (Ishii) in seiner Antwort an Briand den Text der vom Obersten Rat angenommenen Entschließung wiederholt. Er erklärt dann weiter, daß der Völkerbundsrat den ihm erteilten Auftrag annehme, „eine Lösung bezüglich der Grenzbestimmung der oberösterreichischen Frage zu fällen“. Er erkenne an, daß dieses einstimmig geschehen müsse und füge hinzu, daß der Rat vollständig Herr des einzuschlagenden Verfahrens bleibe. Er gibt schließlich der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Regierungen ihren Vertretern vollkommen freie Hand lassen möchten, und spricht die Hoffnung aus, daß der Völkerbundsrat in einer Frist, die so kurz wie möglich sein solle, zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werde.

Gerechtigkeit oder Advokatenkniße?
 Sollte diese Meldung des „Petit Parisien“ den Tatsachen entsprechen und Ishii sich wirklich auf den Standpunkt stellen, daß Einstimmigkeit für die Beschlüsse des Völkerbundsrates erforderlich sei, dann ist die ganze Aktion des Rates gefährdet. Frankreichs Vertreter ist nämlich dann in der Lage, sozusagen durch Obstruktion einen Beschluß des Rates zu verhindern oder zumindest durch seine Hartnäckigkeit ein Kompromiß herbeizuführen, das der inneren Ueberzeugung sämtlicher anderen Mitglieder und damit auch der Gerechtigkeit widerspricht. Es hat sogar immer mehr den Anschein, als ob die Zustimmung Briands und Loucheurs zum englischen Vorschlag der Ueberweisung an den Völkerbund diesen heimtückischen Vorbehalt enthielt: wir werden Beschluß einstimmig verlangen und wir werden schon durch unseren Vertreter dafür sorgen, daß diese Einstimmigkeit entweder überhaupt nicht oder nur auf einer uns genehmen Grundlage erzielt wird.

Das Verlangen nach Einstimmigkeit stützt sich auf den ersten Absatz des Artikels 5 der Völkerbundschartung: Beschlüsse der Bundesversammlung oder des Rates erfordern Einstimmigkeit der in der Tagung vertretenen Bundesmitglieder, es sei denn, daß in den Vorschlägen dieser Sitzung oder den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags ausdrücklich ein anderes vorgeesehen ist.

Die Frage entsteht nun, ob die in den letzten Worten hervorgehobenen Ausnahmen auch auf diesen Fall Anwendung finden. Soweit die Fragen des Verfahrens in Betracht kommen, werden schon durch den zweiten Absatz desselben Artikels 5 Mehrheitsbeschlüsse zugelassen:

Alle Verfahrensfragen, die sich im Laufe der Tagung der Bundesversammlung oder des Rates ergeben, einschließlich der Ernennung von Ausschüssen zur Untersuchung besonderer Punkte, werden durch die Bundesversammlung oder den Rat geregelt und durch die Mehrheit der anwesenden Bundesmitglieder entschieden.

Nun gibt es aber im Völkerbundsstatut auch einen Artikel 15, der sich ohne weiteres auf den vorliegenden Fall anwenden lassen müßte und dessen 4. Absatz lautet:

Kann die Streitfrage nicht ausgeschlichtet werden, so erstattet und veröffentlicht der Rat einen auf einstimmigen Beschluß oder Mehrheitsbeschluß beruhenden Bericht, der die Einzelheiten der Streitfrage und die Vorschläge wiedergibt, die er zur Lösung der Frage als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.

Nun hat allerdings der Oberste Rat in jenem Beschluß, durch den er die Regelung der oberösterreichischen Grenzfrage dem Rat des Völkerbundes überwies, sich auf eine andere Stelle des Statutes berufen, nämlich auf Artikel 11, Absatz 2:

Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht.

Indem nun Baron Ishii — immer vorbehaltlich der Richtigkeit der Meldung des „Petit Parisien“ — in seiner Antwort an Briand den Text dieser Resolution wiederholt hat, wollte er offenbar zum Ausdruck geben, daß die Annahme des erteilten Auftrages sich lediglich auf die Ausführung des Artikels 11, Absatz 2, beschränke, und daß daher an die Anwendung eines anderen Artikels, die des Artikels 15, der Mehrheitsbeschlüsse offen läßt, nicht gedacht werden. Damit wäre er allerdings den Wünschen der französischen Regierung rechtlos entgegengelommen.

Wir müssen allerdings gestehen, daß eine solche Auslegung des ihm erteilten Auftrages durch den Völkerbundsrat von einer Engherzigkeit zeugt, die uns nichts Gutes ahnen läßt. Indem sich der Rat die Tür zu Mehrheitsbeschlüssen ohne zureichende Notwendigkeit freiwillig versperrt, verweigert er sich auch die Möglichkeit einer gerechten Lösung, oder gar einer Lösung überhaupt. Jetzt wird Herr Leon Bourgeois' Aufgabe außerordentlich erleichtert. Sie

lautet: Obstruktion bis zum äußersten! Mögen indessen die Mitglieder des Rates nicht vergessen, daß die ganze Zukunft des Völkerbundgedankens auf dem Spiele steht. Die Lösung der ihnen jetzt gestellten Aufgabe wird in den Augen der meisten Völker der Präfekten des Völkerbundes sein. Sollte dabei der Rat des Völkerbundes Winkeldiplomatenkniße höher werten als die internationale Gerechtigkeit, dann wird er allerdings für alle anständigen Menschen endgültig erledigt sein!

Fair Play nach Pariser Auffassung.
 Paris, 20. August. (WTB.) „Echo de Paris“ glaubt aus gut unterrichteten Kreisen mitteilen zu können, daß der Völkerbundsrat, im Gegensatz zu in der Presse erschienenen Meldungen, in der oberösterreichischen Frage nicht nur zwischen zwei Thesen zu wählen haben wird. Er sei in seiner Arbeit unbeschränkt, abgesehen vom Friedensvertrag von Versailles und von der Volksabstimmung. Es stehe dem Völkerbundsrat frei, wenn er es für notwendig halte, zu prüfen, ob die Volksabstimmung unter den vom Vertrag vorgeschriebenen Bedingungen vor sich gegangen sei. Nach Regelung dieser Frage könne er die Ergebnisse der Abstimmung, wie er es für nötig halte, auslegen. Auch könne er ergänzende Untersuchungen anordnen. Er könne ganz Oberschlesien Deutschland oder Polen zuteilen, er könne die Teilung anraten, er könne das Grubengebiet teilen oder einer Macht ganz zuweisen. Nach Erledigung der Untersuchungen werde der Völkerbund ein Gutachten abgeben, aber ein schiedsrichterliches Gutachten. Frankreich habe sich moralisch verpflichtet, es anzunehmen. Es sei indessen selbstverständlich, daß Frankreich, wenn das Gutachten gegen die Lebensinteressen des Landes verstoße, die Möglichkeit habe, seine Durchführung zu verhindern, indem es etwa aus dem Völkerbund austrete, wie es im vorigen Jahre die argentinische Republik gemacht habe. Es sei aber anzunehmen, daß das Gutachten des Rates von den Beteiligten angenommen werde.

Paris, 20. August. (WTB.) Präsident Millerand, der im Laufe des Nachmittags nach Paris zurückgekehrt ist, hat Leon Bourgeois, den Vertreter Frankreichs im Völkerbundsrat, empfangen.

Die Truppenverstärkungen.
 Paris, 20. August. (WTB.) Wie der „Temps“ meldet, scheinen sich die alliierten Regierungen darüber einig zu sein, wieviel Truppenverstärkungen sie nach Oberschlesien schicken. Großbritannien und Italien würden je zwei Bataillone, Frankreich eine Brigade entsenden. Es bleibe nur noch das Datum für den Transport festzusetzen.

Stockholmer Konferenz und Völkerbund.

Stockholm, 19. August. (WTB.) Betreffs der amerikanischen Initiative zur Einschränkung der Rüstungen nahm die Interparlamentarische Konferenz eine von Walsh, Amerika, beantragte Entschließung an, in der es u. a. heißt, jeder gerechte und wohlüberlegte Vorschlag, der aus den Beratungen der Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen der Staaten hervorgehen könne, sei von den Interparlamentarischen Gruppen mit stetem und jädem Interesse zu verfolgen, damit er auch von den Regierungen der betreffenden Länder angenommen werde.

In der Schlussberatung über die Frage „Interparlamentarische Union und Völkerbund“ erklärte Lord Beardale, England, es sei gelungen, eine Entschließung zustande zu bringen, die die lebhaftesten Hoffnungen auf die Mitarbeit der Vereinigten Staaten zulasse. In der Entschließung wird erklärt, es sei dringend notwendig, daß der Völkerbund einen universellen und umfassenden Charakter erhalte, der ihm die Möglichkeit gibt, seine hohe Aufgabe besser zu erfüllen. Nachdem die Entschließung vorgetragen war, äußerte Robinson, Amerika, er fühle sich glücklich, im Namen seiner Gruppe erklären zu können, daß diese Entschließung von der amerikanischen Delegation gutgeheißen worden sei. Die Entschließung wurde ohne Abstimmung angenommen.

Schilling, Deutschland, hielt einen Vortrag über die Organisation des Untersuchungs- und Vermittlungsverfahrens vor dem Forum des Völkerbundes. Eine Entschließung wurde angenommen, in der es begründet wird, daß der Völkerbundsrat den Grundgedanken der obligatorischen Untersuchung und Schlichtung aller Konflikte einführt, die nicht einer juristischen Entscheidung unterliegen. Die Konferenz beauftragte ihr Bureau, den Vortrag Schillings an das Sekretariat des Völkerbundes einzusenden. Die von dem Engländer Lough eingebrachte Entschließung über Widerung des Patzwanges wurde angenommen.

Die Baranya-Tragödie.

Budapest, 20. August. (WTB.) Die hiesigen Vertreter der alliierten Mächte haben beschlossen, daß die Uebergabe Bestungarns um zwei Tage verschoben werden soll. An die alliierte Mission in Oedenburg ist eine entsprechende Befehlsung ergangen.

Die Demokratisierung der Wohlfahrtspflegeverwaltung hat eine besondere Note. Solange die Wohlfahrtspflege überwiegend von Menschen ausgeführt wird, denen Lebensführung und Anschauung der Arbeiter fremd ist, werden sich Wohlfahrtsbehörde und Arbeiterschaft immer in einer von der letzteren als feindlich oder niederdrückend empfundenen Stellung gegenüberstehen. Und nie, trotz aller gesetzlichen und organisatorischen Verbesserungen wird in der Arbeiterschaft das Gefühl entstehen: Wir nehmen von der Gemeinschaft, weil wir ihr geben, so nicht Klassengenossen auch und in weit größerem Maße als bisher die Hilfe der Gemeinschaft vermitteln. Um der Wohlfahrtspflege den Stempel gemeinschaftlicher Hilfe zu geben und das Odium der Wohlthätigkeit zu nehmen, arbeiten heute unsere Genossinnen und großen persönlichen Opfern als Ehrenbeamtinnen der gemeindlichen Wohlfahrtspflege. Damit haben sie bereits einen Schritt zur Demokratisierung der Verwaltung der Wohlfahrtspflege getan. Diese Umwandlung muß sich in den beruflichen Stellungen der Wohlfahrtspflege, die heute von mindestens ebenso großer Bedeutung sind, noch vollziehen. Sie scheiterte bisher daran, daß geeignete vorgebildete Kräfte nicht vorhanden sind. Die wenigen, die aus der Arbeiterbewegung in die soziale Verwaltung übergehen, reichen zur Demokratisierung nicht aus. Nun bringen Arbeiter und Arbeiterinnen eine wertvolle Grundlage von vornherein mit, Kenntnis der proletarischen Lebensbedingungen und das wirkt vereinfachend auf diese Ausbildung. Aber der komplizierte Apparat ist ohne Beherrschung der einschlägigen Gesetzgebung, der Verwaltung, der hygienischen und pädagogischen Grundsätze. Und deshalb ergibt sich die Frage, wie wir Volksschüler und -schülerinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen für die berufliche Arbeit in der Wohlfahrtspflege vorbereiten.

Hochschulstudium kommt nicht in Frage. So bleiben als Bildungsanstalten nur die sozialen Frauenschulen, Frauenschulen ihrer geschichtlichen Entwicklung nach. Warum sie nicht zu Frauen- und Männerhochschulen gemacht werden, sieht dahin. Im Beruf arbeiten, auf der Bank der jetzt vielfach bestehenden Lehrgänge für ehrenamtliche Sozialarbeiter sitzen ohne Schaden für sich oder die Arbeit Männer und Frauen nebeneinander. Freilich führen Reizung und Eignung besonders Frauen in diesen Beruf und es spricht in dieser Zeit, da jede berufstätige Frau hart um ihren Arbeitsplatz kämpfen muß, manches für dieses eine Frauenprivileg. Es drängen auch gerade Arbeiterinnen zu diesem Beruf, was vom männlichen Arbeiter kaum zu hören ist.

Der volle Besuch einer zweijährigen Frauenschule ist wegen der Kosten des Lebensunterhaltes und der Hörgebühren für diese Zeit unmöglich. Die halbjährigen Sonderlehrgänge sind aufgegeben. Warum? Mit ihnen sind gute Erfolge erzielt worden. Keine Arbeiterin wird daran denken, nach einem solchen Kursus sofort, wenn sie sonst dafür nichts mitbringt, in eine leitende Stellung rücken zu wollen. Aber der Sonderlehrgang genügt, um eine Arbeiterin zur Uebernahme von Ermittlungen und Pflegeschäften vorzubereiten. Von da aus kann sie sich dann den Weg in höhere Stellungen bahnen.

Neben den Sonderkursen müssen Stipendien vom Reich und den Ländern weitergewährt oder eingeführt werden. Auch die Gemeinden, besonders die, in deren Bezirk soziale Schulen sind, sollten sich daran beteiligen. Sie werden gewiß eine Reihe Mädchen finden, die bei ihren Eltern wohnen und nur Zuschüsse brauchen. Aber auch die vollen Stipendien erfordern nicht sonderlich Mittel, als daß es selbst jetzt den Gemeinden nicht möglich wäre, sie zu gewähren, gewinnen sie doch dadurch neue wertvolle Arbeitskräfte.

Die Gemeinden, in deren Bezirk Wohlfahrtschulen sind, können noch weitere Aufgaben übernehmen. Die Lehrjahre auf den sozialen Wohlfahrtschulen könnten mancher Arbeiterin ermöglicht werden durch halbtägige Berufsarbeit in kommunalen Wohlfahrtsämtern oder einer Anstalt der Wohlfahrtspflege, in der als Entgelt für mehrtägige Arbeitsleistung mindestens Wohnung und Beköstigung gegeben werden kann. Die Halbtags- und Anstaltsarbeit hätte dann natürlich als praktische Ausbildung, die obnehin nicht zu entbehren ist, zu gelten. In dieser berufsmäßigen Form bedeutet sie allerdings eine Belastung der Lehrzeit, die mit der Not der Zeit entschuldigt werden kann.

Ein anderer Weg der Ausbildung könnte die jungen Mädchen bald nach der Schulentlassung einige Jahre durch Anstalten der Wohlfahrtspflege führen, in denen sie eine Art Lehrlingsausbildung durchmachen. Nach etwa dreijähriger Ausbildung könnten sie dann sofort das letzte Lehrjahr der Wohlfahrtschule besuchen. Das gleiche wäre für solche Mädchen vorzuschlagen, die ohne Vorbildung eine vielleicht fünfjährige Berufsarbeit hinter sich haben. Sie brauchen dann nur für ein Jahr ein Stipendium in Anspruch zu nehmen, wenn sie nicht vorziehen, zu ihrer theoretischen Ausbildung

die die Grundlage zum Aufstieg für leitende Stellungen geben soll, entsprechend organisierte Lehrgänge neben der Berufsarbeit zu besuchen.

Die Durchführung dieser Vorschläge wird nur möglich sein, wenn unsere Genossen in den Selbstverwaltungskörpern, die heute die wichtigsten Träger der Wohlfahrtspflege sind, sich ihrer annehmen. Dazu gehört nicht nur die schon erwähnte Bewilligung kommunaler Stipendien, und die selbstverständlich in Verbindung mit den Gewerkschaften durchzuführende Unterbringung der Schülerinnen in Halbtagsstellungen, dazu gehört, daß sie ihre Verwaltung nicht nur durch die Einstellung von also Ausgebildeten demokratisieren, sondern, daß sie auch den unteren Angestellten den Aufstieg zu leitenden Stellungen ermöglichen. Wenn irgendwo, so ist das in der Wohlfahrtspflege, die noch im Beginn der Entwicklung steht, und deren Ausführung so stark in die Praxis des Alltags hineinreicht, möglich. Auch die Einrichtung von Lehrgängen zur theoretischen Schulung, die diesen Kräften den Aufstieg ermöglichen, ist ihre Aufgabe. Derartige Lehrgänge können durch Heranziehung der Ehrenbeamten und durch Oberkurse für Vorbereitungsträger gemacht werden. Es wäre ferner dafür zu sorgen, daß nicht, wie das durch den preussischen Erlaß zur Prüfung von Wohlfahrtspflegern geschieht, zweierlei Gruppen von Wohlfahrtspflegern geschaffen werden, geprüfte und ungeprüfte. Denn die Mehrzahl der Volksschülerinnen wird immer zu den letzteren gehören und damit zu zweifelhafte degradieren werden, wird doch die Ausbildung besonders für die Hauptfächer, Gesundheitsfürsorge und Jugendwohlfahrtspflege, bei ihnen immer an der Unmöglichkeit der Aufbringung der Mittel scheitern. Deshalb ist der preussische Erlaß eine starke Behinderung der Demokratisierung der Verwaltung und abzubauen. Wo die Gemeinden Wohlfahrtschulen unterstützen, viele unserer Genossen in der Gemeindeverwaltung die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß die Schule so gestaltet ist, daß alle ihre Schüler, nicht nur die aus der Arbeiterklasse hervorgehenden, mit Verständnis für die Lebensweise des Arbeiters und die Arbeiterbewegung die Schule verlassen.

Am 15. und 16. September werden in Görtz nicht nur die Vertreter der Bezirksausschüsse für Arbeiterwohlfahrt, sondern auch mancher Leiter einer kommunalen Wohlfahrtsbehörde die Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege gemeinsam besprechen. An der Demokratisierung ihrer Verwaltung darf die Besprechung nicht vorbeigehen.

Die bayerische Getreidefrage.

Durch Wolff wird eine ziemlich gewundene amtliche Münchener Darstellung über die Erledigung der bayerischen Forderung eines Landesausfuhrverbotes veröffentlicht. Es wird lang und breit berichtet, daß inzwischen die Reichsregierung die Einfuhr von Auslandgetreide freigegeben habe und daß damit auch bayerische Wünsche erfüllt worden seien. Es heißt dann weiter: „Ferner hat der Reichsernährungsminister zwar dem Antrage Bayerns, die Getreideausfuhr aus Bayern einer Kontrolle zu unterwerfen, in dieser Form nicht entsprochen, aber doch zugestimmt, daß die Verkehrsverwaltung den Getreideverhand auf den Bohnen erfaßt und der Landeszentralbehörde regelmäßig darüber Mitteilungen zukommen läßt. Damit ist die Möglichkeit zum Eingreifen gegeben, falls künftig eine übermäßige Ausfuhr von Getreide aus Bayern festgestellt werden sollte. Gleichzeitig war von Bayern bei der Reichsregierung die Konzessionierung des Getreidehandels beantragt worden, um preissteigernde Elemente davon fernzuhalten. Dieser Antrag hat die Zustimmung der Reichsregierung nicht gefunden, wird aber weiter verfolgt werden.“

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die unvernünftigen Forderungen der reaktionären bayerischen Regierung, die mehr auf die Wähler als auf das Wohl des Landes zugeschnitten waren, berechtigterweise vom Reich abgelehnt worden sind. Die „Gefahr übermäßiger Getreideausfuhr aus Bayern“ ist ja doch, wie die jüngsten Feststellungen erwiesen haben, im wesentlichen ein Agitationsgespenst gewesen, um vor dem Reich fürchten zu machen.

Besonders beachtenswert erscheint an der Münchener amtlichen Auslosung, was sie über die Ursachen der Getreidepreisschwung sagt. Sie meint: „Neben der Besorgnis wegen übermäßiger Ausfuhr war

es besonders die starke Steigerung der Preise auf dem Getreidemarkt, was die Deffenlichkeit in hohem Maße beunruhigte. Inzwischen ist auch in dieser Beziehung eine Wendung zum Besseren insofern eingetreten, als der bayerische Getreidepreis unter den gegenwärtigen Weltmarktpreisen gesunken ist. Daß der Preis wesentlich höher ist als im Vorjahr, ist eine notwendige Folge des durch den Reichstag beschlossenen Ueberganges zur freien Wirtschaft und des Aufgebens der Zwangswirtschaft.“ Das ist auch unsere Auffassung. Sie ist aber im Reichstag gerade von den Volksvertretern aus Süddeutschland ebenso wenig beachtet worden, wie im Reichsrat und Reichswirtschaftsrat. Wir werden uns dieses Eingeständnis zu merken wissen.

Lohnverhandlungen.

Wie uns mitgeteilt wird, hat das Reichsfinanzministerium und die Vertreter der Großorganisation der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu einer Verhandlung über die Vorschläge zur Verbesserung der Bezüge auf Montag, den 22. August, vorm. 10 Uhr, eingeladen. Hoffentlich gelingt es, die jetzt beginnenden Verhandlungen von großer Bedeutung zu einem Ergebnis zu führen, das den Arbeitern, Angestellten und Beamten eine der Verteuerung der Haushaltskosten entsprechende Ausgleichszulage bringt.

Immer noch Doktor Ludendorff.

Kassel, 20. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das „Kasseler Volksblatt“ veröffentlicht im Anschluß an die Ernennung des Generals Ludendorff zum Ehrendoktor der medizinischen Fakultät in Königsberg ein Dokument aus dem März 1918, in dem Ludendorff zum Ehrendoktor der medizinischen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. ernannt wird. Das Dokument hat folgenden Wortlaut: „Die medizinische Fakultät der Universität Freiburg ernannt den General der Infanterie Ludendorff, Erster Generalquartiermeister, in dessen Wesen die höchsten ärztlichen Eigenschaften: Wirklichkeitsbild, weise Schöpfung des Erreichbaren, Fähigkeit zum Bewahren des richtigen Augenblicks und durchgreifende Entschlossenheit in glücklicher Weise verbunden sind, in verehrungsvoller Würdigung seiner Verdienste bei Wiedergewinnung der durch ihre althergebrachte medizinische Fakultät hochberühmte Universität Dorpat für das deutsche Geistesleben zum Doktor der Medizin.“

Dieses kulturhistorische Dokument wurde am 5. März 1918 überreicht. Man muß die darin zum Ausdruck kommende Respektlosigkeit und politische Beschränktheit entschuldigen, es waren ja Professoren. Bei ihnen hat politischer Verstand und Rückgratlosigkeit einen gewissen Seltenheitswert.

Darf man fragen?

Von der Wasserkante wird uns geschrieben: In Labea ist Reichskriegswoche und in Scharen haben sich die Kriegsveteranenpräsidenten eingefunden, mit Orden und Regenschirmen geschmückt. Aus dem Munde abgetasteter Generale klingen von „großen Aufgaben, Treue zum angestammten Herrscherhaus“, Bier, Wein und Schlaghähne fließen, und auf den Straßen wird inzwischen für die notleidenden Krieger gesammelt. Drau wehen in den Seestädten die schwarz-weiß-roten Fahnen und die Kriegsgewinnler, Schieber und Wucherer schreien hurra, rufen Revanche und schimpfen auf die Republik, die ihnen durch neue Steuern den Geldbeutel erleichtern will. Pferderrennen, bei denen die Offiziere in Friedensuniform Parade reiten, Nachtclubs, Automobile und tägliche Unsummen für Vergnügungen und Spiel sollen in den Seebädern den anwesenden Ausländern zeigen, daß Deutschland im Glend recht und sich den Kopf zerbricht, wie es seine Auslandschulden bezahlen kann.

Daß im dritten Jahre der Republik die Arbeiter und die Säuglinge reihenweise durch Tuberkulose und Unterernährung hingemacht werden, während die Urheber des deutschen Elends rauschende Feste feiern, ist nun einmal Tatsache. Daß aber der bankrotte Staat und die Steuergroßen der Armen heissen müssen, den monarchistischen Rummel zu unterstützen, darüber sollte man einmal auf den Tisch des Reichstags schlagen. Man sollte die Regierung fragen, wer den staatlichen Bahnhof in Lübeck mit Hunderten von monarchistischen Fahnen schmückt hat? Wer der Reichswehr erlaubt hat, eine Regimentsmusik vom Reichswehrregiment 6 auf einen Vergnügungs-

dampfer zu stellen, auf dem der General v. Heeringen mit dem Kriegsveteranen die Küste abfährt, um monarchistische Demonstrationen zu veranstalten? Wer den Soldaten der Republik schwarz-weiß-rote Bänder angeheftet und wer ihnen befohlen hat, „Heil Dir im Siegerkranz“ zu spielen? Man sollte ferner fragen: Wer dem Schiff „Panther“ von der Reichsmarine gesteuert hat, den Veranstalter und Leitern der monarchistischen Demonstration im Hafen von Travemünde Ehrenbezeugungen und offizielle Begrüßungen zu erteilen, wer den Kapitänleutnant und Kommandant des „Panther“ ermächtigt hat, die Monarchisten und den alten General offiziell und in Galauniform willkommen zu heißen und von wessen Geld das Ostseeflottilienkommando die „Deutsche Zeitung“ bezahlte, die in den Cezarenräumen der Schiffe den Matrosen aufgezungen wird, während man vergebens nach einem bürgerlich-demokratischen, geschweige nach einem sozialdemokratischen Blatt sucht?

Die Not der Invaliden.

Ein Invalide schreibt uns:

Es ist ja kein Geheimnis, daß man diese Angehörigen des „fünftens Standes“, die Invaliden, Unfall-, Altersrentenempfänger nicht als Menschen ansieht, und es ist eine bittere Wahrheit, daß die Sterblichkeit in den Reihen dieser bedauernswerten Geschöpfe durch Unterernährung erschreckend zunimmt; aber das alles scheint die Regierung nicht zu interessieren, denn sonst hätte sie schon längst, mindestens aber jetzt, für die „Kernsten der Armen“ einigermassen gesorgt.

Es ist ja bedauerlich, daß der frühere alte Staat, der doch finanziell sehr gut fundiert, nach den heutigen Begriffen außerordentlich reich war, in so ungenügender Weise für die Invaliden gesorgt hat. Der jetzige Staat aber sollte diese Kernsten nicht immer damit abspülen, daß er aus finanziellen Gründen keine wesentliche Hilfe leisten kann. Nein, solange noch ein Invalidenherd schlägt, hat der Staat die moralische Pflicht, auch für diese Menschen, die ihre ganze Kraft und Gesundheit geopfert und auch zu der einstigen Blüte des Staates beigetragen haben und nun erwerbsunfähig geworden sind, in erster Linie zu sorgen.

Wo sind die vielen Millionen, die durch die Beiträge der Invaliden zusammengekommen sind? Haben die Sozialrentner es gewollt, daß für ihre Beiträge Kanonen gebaut und Handgranaten gebohrt werden sollten? Nein, gewiß nicht! Heraus mit den Kriegsanleihen! Helfet den Invaliden, damit sie „bis ins hohe Alter“ versorgt und nicht in unbefriedigender Weise dardben und entbehren müssen.

Erstaunlicherweise zahlt man den Erwerbslosen zurzeit eine Beihilfe von 300—500 Mk., obwohl deren Unterstützungssätze im allgemeinen in der Woche soviel und mehr ausmachen, als die Invaliden im Monat an Rente beziehen.

Die Organisationen der arbeitenden Bevölkerung werden sich durch Lohnerbhöhungen durchsetzen, die Holzarbeiter befinden sich bereits im Streik. Wer sorgt aber für die Invaliden? Sollen sie weiter hungern und dardben? Sollen sie verhungern? Soll es erst zur Katastrophe kommen wie in Rußland? Und kann es dem heute noch arbeitenden und doch mit Rot kämpfenden Proletariat nicht morgen passieren, auch Invaliden zu werden und dann der bittersten Rot und dem grenzenlosesten Elend ausgeliefert zu werden?

Darum, Hilfe sofort den Invaliden! Gebt ihnen Brot, ehe es zu spät ist!

Kriegsschiebungen?

Wie die „Dema“ erzählt, hat der Rittmeister von Lustig, gegen den die Wiener Zeitung „Die Börse“ den Vorwurf der Korruption von Beamten des preussischen Kriegsministeriums und anderer staatlichen Stellen erhoben hatte, bei der Staatsanwaltschaft in Berlin eine Untersuchung gegen sich selbst beantragt, um festzustellen, daß die Beschuldigung unrichtig ist.

Wenn wir uns recht erinnern, sollten doch die Mitteilungen über Bestechung hoher Beamten des preussischen Kriegsministeriums aus einer Denkschrift stammen, die — von Lustig selbst geschrieben hat. Merkwürdig erschien uns, daß von Lustig in keiner auch uns mitgeteilten Berichtigung, die er dem „Berliner Tageblatt“ zusandte, betont, daß er nicht mehr sagen könne, was er während seiner Strafverfolgung in Oesterreich alles geschrieben habe.

Die Tschchoslowakische Handelsgesellschaft teilt uns zu dieser Sache mit, daß sie weder direkt noch indirekt eine Interessengemeinschaft mit Herrn v. Lustig habe.

Die ersten Sowjetmarken. Nach zwei Jahren freien Postverkehrs steht sich die Sowjetregierung gezwungen, zum Gebrauch von Briefmarken zurückzukehren, insofern die Wiedereröffnung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Die Postbestellung im Inlande ist auch weiter frei und erfolgt ohne Marken. Es sollen Serien von Briefmarken ausgegeben werden, deren niedrigste entsprechend der Entwertung der russischen Rubel ein Rubel ist. Als Bilder werden auf den Marken Lenin, Trotski, Karl Marx und andere Sozialistenführer erscheinen, in dieselbe Umrahmung eingefügt, die schon die Marken der zaristischen Regierungen hatten. Für die 100-Rubel-Marke wird ein allegorischer Entwurf vorbereitet, im großen Breitformat die klassische Figur eines Jünglings, mit ausgestreckten Armen, auf weißem Pferde, der eine Schar von Arbeitern führt.

Hale an der norwegischen Küste. Aus Norwegen wird gemeldet, daß vor einiger Zeit ein Mann aus Mos am Eingang des Christianafjords, als er auf dem Ratelensfang war, von einem Hai angegriffen wurde. Er war beim Ordnen seiner Angelhaken, als ein Angeheuer von etwa 3 Meter Länge aus dem Wasser schoß und nach seinem Arm schnappte. Er mußte flüchten, um weiteren Angriffen zu entgehen, und der Hai verschwand. Mehrere Fischer erzählen, daß sie in der letzten Zeit viele Gerätschaften, wahrscheinlich durch Hale, verloren haben. Im Dröbakfjord wurde ebenfalls dieser Tage ein Patrouillenboot der Seepolizei von einem großen Fisch verfrachtet, von dem man annimmt, daß es ein Hai gewesen ist. Es ist nur gut, daß sich die Hale nicht in den Stockholmer Schären gezeigt haben. Wir hätten sonst sicher wieder die schönsten Geschichten von der Seeschlange zu hören bekommen!

Der amerikanische Filminfuhrzoll. Durch den im Ausschuß des amerikanischen Senats angenommenen Einfuhrzoll auf Filme wird nach Sachverständigenberechnung ein Film, dessen Herstellungskosten in Deutschland 2 Millionen Mark betragen, 10 Millionen Mark Zoll kosten. Dementsprechend wird der neue Ray-Film „Das indische Grabmal“, dessen Herstellung, wie wir neulich berichteten, über 15 Millionen Mark verschlang, mit nicht weniger als 75 Millionen Mark Zoll belastet werden.

Solange unsere Filmindustrie den richtigen Konkrete-Rißch fabriziert, wird sie trotz aller Zölle nicht zugrunde gehen.

Erstausführungen der Woche. Mont. Residenz-Th.: „Taten-Lang.“ — Wirtsh. Deutsches Theater: „Kean.“ — Donu. Wallner-Theater: „Rixen.“ — Schiller-Theater: „Mora.“ — St. Theater des Westens: „Die Braut des Lucullus.“ — Sonnab. Schloßpark-Theater in Steglitz: „Maria Magdalena.“

Irania (Aubenstraße). Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend: „Unter dem roten Kieferngebirge“ (mit farbigen Bildern). Donnerstag: „Der Harg.“ Sonntag (21.), abends: „Die Insel Rügen“, nachm. 4.: „Der Harg.“

Die Technische Hochschule in Danzig ist durch Entscheidung der Interalliierten Bestimmungskommision der Freien Stadt Danzig uneingeschränkt zugelassen worden. Die hieran geknüpften Bedingungen, die Einführung eines Restorates für polnische Sprache, einer Sorrelung über polnische Wirtschaftsgeographie und die paritätische Behandlung polnischer Staatsangehöriger sind von untergeordneter Bedeutung. Die Hochschule behält den polnischen Unterricht und Selbstverwaltung.

Nachtstück.

Von Hans Bauer.

Es ist gegen 10 Uhr abends. Ich warte in einer unbedeckten Vorstadstraße auf die Elektrische. Wolken halten Mond und Sterne verborgen. Die nächste Laterne ist etwa 50 Schritte entfernt. In einiger Entfernung von mir warten noch drei Menschen, zwei Männer und eine Frau, mehr kann ich in der Dunkelheit nicht erkennen. Ach, was es doch lange dauert, bis sich die Elektrische sehen läßt. Meine 18 kommt und kommt nicht. Ich schendere sinnend vom Trottoir und bleibe zufällig in der Nähe jener drei stehen.

„Ausnehmend hat es mir gefallen, Herr Doktor,“ hörte ich eine dunkle Männerstimme sagen, „ich würde mich wirklich freuen, wenn öfter so ein Vergnügen zustande käme.“

„Am Dienstag müssen Sie auch dabei sein, lieber Herr Doktor,“ mischt sich nun die Frauenstimme ein, „Sie werden nicht fehlen, uns zu Gefallen? Nicht?“

„Ich will sehen, was sich möglich machen läßt, gnädige Frau, versprechen kann ich freilich nichts,“ erwidert der mit Doktor Angeordnete.

Ich nehme meinen Rundgang wieder auf. Die Unterhaltung ertrinkt im Dunkel. Immer kommt die 18 noch nicht. Nun taucht an der Straßenbiegung ein Licht auf. Die Elektrische. Aber nicht meine Elektrische, nicht die 18, sondern die 21, wie es scheint, die Elektrische der drei. Oder vielmehr nicht der drei, sondern die des Herrn Doktors, denn die zwei anderen verabschieden sich von ihm, scheinen also nicht mit ihm einsteigen zu wollen und nur dem Doktor die Wartezeit verkürzt zu haben.

Eben hält der Herr mit der dunklen Stimme die Hand des Doktors in seiner Rechten und hat die Linke an die Hutfrempe gelegt. „Also dann wohl nach Hause, Herr Doktor, und nicht wahr, denken Sie an uns am Dienstag.“

„Wird gemacht, Herr Schulz, auf Wiedersehen.“ Herr Schulz läßt des Doktors Rechte los, lüftet den Hut und geht auf eine Querstraße zu.

Inzwischen ist die Frau an den Doktor herangetreten, reicht ihm die Hand und sagt: „Auf Wiedersehen, Herr Doktor, gut nach Hause.“

„Auf Wiedersehen, Frau Schulz,“ grüßt der Doktor zurück. Und dann . . . dann stißt Frau Schulz den Doktor leicht auf die Wangen und stüstert: „Also Mittwoch, Hugo, nicht wahr?“

Er lächelt: „Natürlich Kind . . .“

Soll ich jetzt Schicksal spielen, soll ich Herrn Schulz nachlaufen? Soll ich in die Dunkelheit rufen: Sie werden betrogen. . . Ich, der Fremde, der nicht einmal die Gesichter der drei kennt, könnte jetzt in das Leben dieser drei eingreifen. Von mir, dem Fremden,

der noch nicht einmal die verschwommenen Rebellgestalten der drei auch nur eine halbe Minute ununterbrochen gesehen hat, hängen jetzt deren Beziehungen zueinander, möglicherweise für immer, bis an ihres Lebens Ende ab. Ein Taumel erfährt mich bei diesen Gedanken. Soll ich nachlaufen, soll ich? Soll ich, der Fremde, Geschick und Verhängnis, Gerechtigkeit und Rache werden? Da kommt mir das alles so plump und dumm vor. An einem so blinden Zufall soll das hängen, ob Menschen einander lieben und achten und sich vertrauen und glücklich sind? Daran, ob ich in der Dunkelheit und Rebel mit halbem Ohr auf zwei Worte hörte oder nicht. An so etwas soll das Schicksal der Menschen möglicherweise hängen? Nein, nein, an so etwas nicht.

Der Hall der Tritte des Ehepaars klingt nur noch dumpf und verweht immer mehr.

Aber nun könnte sie schon kommen, die 18! Herrschaften, Herrschaften, wie lange das dauert.

Alpenglüh im Riesengebirge. Aus Schreiberhau wird uns geschrieben: Das Riesengebirge zeigt vielfach Naturerscheinungen, die wir sonst nur in den Alpen zu beobachten gewöhnt sind. Im Winter sind Lawinen für je nichts Seltenes, besonders in den gewaltigen Felskesseln der Schneegruben, der Leiche, des Riesengrundes und der Kesselgrube. Es bilden sich nicht selten Gletscher, wie im Winter 1919/20 am Westrande des Keinen Teiches; es gibt nicht nur in den Schneegruben, sondern auch an anderen schwer der Sonne zugänglichen Stellen des Gebirges Firnschnee, der, wenn er auch nicht ewig ist, doch nur in wenigen Jahren völlig abschmilzt. Man trifft ferner noch urwaldartige Bestände an, wie z. B. das sogenannte Hirschbad in den Czernischen Forsten am Löwengraben. Dazu kommen gelegentlich Wolkenphänomene, wie man sie in den Hochalpen zuweilen wahrnimmt und wie sie im Harz als Brodengespinnst bekannt sind. Der Versuch, die Gemse im Riesengebirge anzufischen, ist allerdings gescheitert, dafür kann man Wulfons an frei Wildbahn sehen. Die Pflanzenwelt und die niedere Tierwelt zeigt mannigfaltig alpinen Charakter.

Daß im Riesengebirge aber auch das Alpenglüh beobachtet werden kann, hat sich wieder in der letzten Woche gezeigt. Von Schreiberhau aus war dies prächtige Natur Schauspiel um etwa 7.40 Uhr abends auf einige Minuten zu sehen. Alle Hochgebirgspitze des westlichen Kammzuges erhellten, gleichsam wie von innen heraus in intensiv rosafarbenem Lichte, während ihre Körper schon in Dämmerung gehüllt waren. Die Schneegrubenbaude erschien wie eine flammende Grabsburg. Daß es sich um das echte Alpenglüh gehandelt hat, war zweifellos, denn die wundervolle Erscheinung zeigte sich erst nach Sonnenuntergang. Das Glüh der Bergspitze war der Widerschein einer leuchtenden Schicht, die über dem Kamm lag.

Auch im letzten März konnte man an drei aufeinanderfolgenden Tagen bei Sonnenuntergang herrliches Alpenglüh bewundern, das den Kamm in seiner ganzen Länge wie mit zartem Rosenrot überzog.

Der Dolchstoß in der Kantine.

Da es ihnen auf ernsthafte Weise nicht gelingen will, die Dolchstoß-Legende zu beweisen, versuchen die deutschnationalen Hinterfronthelden es mit Mähgen. Graf Reventlow, der große Heimstrategie, veröffentlicht Dinge, die ihm andere von der Front erzählt haben. Wir beschreiben ihm dabei gern, daß er seine drei bis viermal veröffentlicht hat. Sie sind durch die Wiederholung nicht wertvoller geworden. Wie schön ist es z. B., wenn Graf Reventlow einen Studienrat aufführt, der selber gar nichts weiß, dem aber sein kranker Sohn dies und das erzählt haben soll. Das heißt, der Brief stammt aus dem Jahre 1919. Inzwischen müßte doch nun der Sohn gesund geworden sein und selber als Zeuge antreten können. Aber all diese Beweisstücke sind eben nichts, als was der Soldat draußen „Kantinen“ und „Latrinen“ nannte. Welche Bären sich dabei die deutschnationalen Heimkrieger ausbilden lassen, dafür nur eine Zuschrift eines angeblichen Unteroffiziers:

„In einer Sitzung der Unteroffiziere der vierten Armee in Koubitz erfuhren wir von dem vortragenden Oberstleutnant am 29. September 1918, daß bereits am 15. September die Generalsprobe zu einem militärischen Generalsstreck an der Westfront stattgefunden habe, aber gekheitet sei, daß man aber sichere Unterlagen dafür habe, daß für die Nacht zum 1. November ein militärischer Generalsstreck an der ganzen Front erwartet sei. Jeder Mann nimmt Gepäck und Gewehr und zieht heimwärts. Offizieren, die sich anschließen, ist Gehorsam zu erweisen, solche, die sich in den Weg stellen, sind zu entwaffnen usw.“ Wenn man bedenkt, wieviel Vorbereitungen zu einem solchen Unternehmen gehören, vor allem, wieviel Zeit so wird man den Beginn zu den Vorbereitungen des militärischen Versuchs am 15. September zurückdatieren müssen.“

Dieser „Gewährsmann“ kennzeichnet sich ja selbst zur Genüge als „Stappenhengst“, sonst würde er wohl sich selber schämen, solche Kanjinenmärchen zu verbreiten. Da die Herren Becker, Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Wulle, Chefredakteur des „Deutschen Abendblattes“, Graf Reventlow, Leitartikel beider Blätter, auch nicht einmal bis zur Etappe vorgekommen sind, so kann man ihnen nicht über nehmen, daß sie solchen blühenden Blödsinn als ernstes Beweismaterial ansehen.

Speziell an die „Kreuz-Zeitung“, die uns höhnisch fragt, was wir nun hierzu meinen, richten wir die öffentliche Aufforderung, uns irgend welches authentische Material über die angeblichen militärischen Generalsstrecken vom 15. September und 1. November zu erbringen. Sie möge uns einmal nachweisen, an welcher Stelle, bei welchem Truppenteil der militärische Generalsstreck am 15. September stattgefunden hat oder auch nur versucht worden ist. Und wenn ihr das gelingt, dann wollen wir weiter mit ihr reden, vorher aber nicht.

Wo, wir erlauben um den Nachweis.

Den Schauerlegenden der Rechtspreffe stellen wir folgendes authentische Dokument gegenüber: Am 1. Oktober 1 Uhr 20 Min. drahtete Hindenburg an den Vizekanzler v. Payer:

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

Am selben Tage war Ludendorff nach dem Bericht des Grafen Hertling jun. unangemeldet zum Kaiser hereingestürzt und hatte ihn angerufen, weil die Regierung noch nicht fertig sei. Dabei erklärte er, das Waffenstillstandsangebot müßte in 24 Stunden heraus, sonst wäre alles verloren. Als dann Max von Baden die Kanzlerschaft übernahm, drängten Hindenburg und Ludendorff auf ihn ein, sofort den Waffenstillstand herbeizuführen. Die Bedenken des neuen Kanzlers gegen eine so völlige Kapitulation, wie Hindenburg und Ludendorff sie verlangten, wurden von diesen mit den Hinweisen auf die verzweifelte militärische Lage niedergeschlagen.

So also war die Situation. Die Generale drängten ununterbrochen. Ihre Nervosität und Kopfschmerzen ließen sich naturgemäß den unteren Stellen mit und verbreitete sich von da aus über das ganze Volk. Die ohnehin gedrückte Stimmung wuchs zur Panik, und diese Panik ist von niemand anders erzeugt worden als von Hindenburg und Ludendorff. Sie haben mit ihrem Verhalten am 1. Oktober dem letzten Soldaten im Schützengraben den Glauben beigebracht, daß alles verloren sei und sie haben damit den weiteren Widerstand unmöglich gemacht, da, wie die „Deutsche Tageszeitung“ ganz richtig bemerkt, ohne Glauben an den Erfolg kein Heer, kein Soldat sich schlagen kann. Nicht revolutionäre Zermürbung, sondern die von Hindenburg und Ludendorff erzeugte Panik haben Front und Heimat völlig zusammenbrechen lassen. Und wenn heute die „Deutsche Tageszeitung“ so ganz nebenbei bemerkt, daß die Kampfkraft des Heeres sich als stärker herausstellte, „als es der Obersten Heeresleitung eine kurze Zeit hindurch schien“, so haben vor zwei Jahren die Deutschnationalen selber die Sache mit anderen Augen angesehen. Am 18. November 1918 schrieb die deutschnationale „Post“, als die Einzelheiten in der Öffentlichkeit bekannt wurden:

Danach hat General Ludendorff am 1. Oktober d. S. unsere militärische Lage für verzweifelt gehalten und sofortiges Waffenstillstandsangebot gefordert. Acht Tage darauf gefand er ein, sich in der Bewertung der Kriegslage geirrt zu haben. Einen folgerichtigeren Irrtum hat es nie gegeben. Er hat ein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert.

Damit dürfte die Frage, wer den Anstoß zum letzten Zusammenbruch gegeben hat, genügend geklärt sein.

Weitgehende Milderung von Zuchthausurteilen. Von 42 Zuchthausstrafen, die vom Sondergericht K a u m b u r g gegen Teilnehmer am mitteldeutschen Aufstand verhängt worden waren, wurden der „Sozialzeitung“ zufolge vom Reichspräsidenten 40 in Gefängnis umgewandelt und die Strafdauer auf die Hälfte bis ein Drittel herabgesetzt.

Befreiung dabeim! Wie „Nation Belge“ aus Brügge meldet, haben in Roulers am letzten Sonntag flämische Kundgebungen stattgefunden. Ein Redner behauptete, daß die Flamen in Belgien wie Senegalesen behandelt würden. Ein Zug von Manifestanten begab sich dann nach Brügge, wo um 10 Uhr abends neue Kundgebungen stattfanden, wobei flämische Rufe nach Autonomie laut wurden.

Groß-Berlin

Nachtarbeit.

Eine Lampe brennt. Weiß und rot. Gestalten huschen in ihrem Schein. Rein, stehen fest. Arbeiter. Heben und senken schwere Hämmer. Die Schläge hallen in die Nacht hinein, zittern an die Fenster vorbei, die schwarz auf die Straße sehen. Dahinter schlafen Menschen, die am Tage werken. Und diese hier? Sie schaffen und arbeiten in einsamen Straßen, von der kühlen Nachtluft umweht. Kafflos. Allein im Schein einer Laterne. Wischen sich den Schweiß von der Stirn und blicken zum Himmel. Der ist dunkel und besternt. Einer zieht eine Uhr. Vorwärts — Mitternacht ist vorbei, der Morgen naht, die Stunden rinnen in die beginnende Helle: die Arbeit muß fertig werden. Die Wagen müssen am Morgen unbehindert über die Straße donnern und raffen können, die jetzt noch offen und klastend daliegt. Die Schläge pochen, ein Bohrer kreischt und fährt splittend in das Eisen. Diese gleichenden Schienen, die aus der Dunkelheit kommen und in die Dunkelheit gehen. Nur ein Stück liegt hell und breit den Arbeitern zu Füßen. Und sie packen es und arbeiten daran, wie ihre Brüder am Tage. Am hellen Tage. So schaffen die hier nicht. Ihr Atem fährt sichtbar in die Nachtluft. Ihre Hände ragen aus unburchbringlichem Dunkel hervor — ihre Leiber sind in die Nacht gekühlt. Sie sind so unsichtbar wie die der Brüder, die am Tage arbeiten. Nur das Werk ist sichtbar — der Mensch nie. Am wenigsten der Proletarier. Hier stehen sie einsam in der Nacht und kein Mensch fragt um sie. Aber auch ihre Mäntel sind geschlossen — und stumm stut das Licht der Laterne über ihre Glieder. Eine Droschke klappert vorbei, ein truntenes Radchen fliegt heraus und klingt zu den einsamen Arbeitern. Die heben und schlagen ihre Hämmer auf die Granitsteine, daß sie schabend in die Erde fahren. Der Pispel einer roten Föhne — der Warnungsföhne — flattert im Licht der Laterne. Das Dunkel der Nacht lichtet sich. Groß wachsen die Arbeiter in das aufsteigende Morgenrot hinein. . .

Die Leichenfunde am Engelbecken.

Verbrechen eines Massenmörders?

Die neuen Leichenfunde, die gestern wiederum am Engelbecken gemacht wurden, bestärken die bereits von uns mitgeteilte Vermutung, daß ein Massenmörder in der Gegend des Schlesischen Bahnhofs sein Unwesen treibt. Die Art der Zerstückelung der Leichen ist in allen bisher noch unauferklärten Fällen gleich, und soweit die Toten bisher festgestellt werden konnten, handelt es sich immer um Mädchen, in dem Falle Frieda Schubert um ein Straßenmädchen, die einem Lustmörder in die Hände gefallen sind. Auf sein Konto kommen wahrscheinlich alle die Verbrechen, die durch das Auffinden einzelner Leichenteile entdekt worden sind.

Die ersten Leichenteile wurden im Grünwald und bei Grünau vergraben aufgefunden. Sie zeigten, daß der Täter zunächst versucht hatte, sie durch Verbrennung vollständig zu vernichten. Später hat er dann die einzelnen Leichenteile einfach in der Nähe des Engelbeckens in den Kanal geworfen. Dort wurden zuerst die Leichenteile angeschwemmt, die, wie die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, von der vermißten Frieda Schubert herührten. Bis auf den Kopf und die Füße wurden feinerzert alle zu der Leiche gehörenden Teile aufgefunden. Vor einigen Tagen kamen nun ganz in der Höhe wieder Teile eines menschlichen Körpers zum Vorschein, die ebenfalls wieder als von einem Mädchen oder einer Frau herrührten. Leider aber ist es nicht möglich gewesen, die Persönlichkeit dieser Toten festzustellen. Abgesehen von den Leichenfunden in Nikolassee und Grünau, zwei Verbrechen, die ebenfalls noch der Aufklärung bedürfen und, wie die Funde im Wasser, wahrscheinlich auf das Konto ein und desselben Lustmörders zu setzen sind, sind nun weitere vier mutmaßliche Verbrechen Gegenstand der Ermittlungen der Kriminalpolizei.

In allen Fällen handelt es sich um eine gleichartige Zerstückelung, die zwar mit einer gewissen Sachkenntnis ausgeführt ist, nicht aber von einem Fachmann oder Arzt herührten kann. Die Vermutung, daß es sich um anatomische Präparate handelt, die ein Student oder Heilgehülfe in das Wasser geworfen hat, ist also von der Hand zu weisen. Unter Hinweis auf die hohe Belohnung werden nochmals alle Personen, die irgendwelche Mitteilungen über das unheimliche Treiben des Mörders machen können, da dieser die Ermordung seiner Opfer doch nur in irgendeinem geschlossenen Raum vornehmen kann, ebenso die Zerstückelung, erlucht, sich umgehend bei den Kriminalkommissaren Dr. Riemann und Werneburg im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Spare mit Brennstoff!

Eröffnung der Ausstellung für Warmwirtschaft.

Die in Auftrage der Preussischen Landeskohlenstelle, des Reichskohlenrates und der Stadt Berlin durch die Hauptstelle für Warmwirtschaft veranstaltete Ausstellung „Die Wärme in Haushalt und Kleingewerbe“ wurde heute im Schloß Charlottenburg eröffnet. An der schlichten Eröffnungsfeier nahmen Vertreter von Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, von wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Körperschaften und von Hausfrauenorganisationen teil.

In einer Ansprache wies der preussische Handelsminister Fischbeck darauf hin, wie sehr unter dem Mangel der Kriegsjahre wir alle die Wärme und den Brennstoff schätzen gelernt haben. Wissenschaft, Technik und Industrie haben sich bemüht, weitestgehende Ausnutzung der Brennstoffe zu erreichen und das Möglichste zur Brennstoffersparnis zu tun. Diese Ausstellung, die eine Wanderausstellung ist und nach einander in verschiedenen Städten gezeigt werden soll, verankert ihre Entstehung nicht dem Reklamebedürfnis des Unternehmertums. Sie ist das Werk sach- und fachkundiger Männer und Frauen, die in dieser Zeit fortwährender Brennstoffknappheit und Brennstoffsteuerung nicht nur dem Kleingewerbe, sondern auch den Verbrauchern im Haushalt die notwendige Belehrung geben wollen.

Nachdem der Minister die Ausstellung für eröffnet erklärt hatte, übernahm sie Oberbürgermeister Boeh mit Worten des Dankes als ein Zeichen der Förderung Berlins, die allerdings in letzter Zeit etwas selten geworden sei. In Berlin habe die Not des Krieges sich besonders schwer geltend gemacht, und welchen Schaden Berlin dabei erlitten habe, werde man erst in künftigen Jahren voll erkennen. Boeh kündigte an, daß die Stadt, abgesehen von der finanziellen Unterstützung der Ausstellung aus Gemeindemitteln, auch alles tun werde, daß die hier gebotene Belehrung weitesten Kreisen der Bevölkerung zuteil werden könne. Sie werde dafür sorgen, daß ihre Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihre Lehrerschaft und ihre Schuljugend und besonders die Jugendlichen der Fortbildungsschulen in Scharen kommen, um die Ausstellung zu sehen und aus ihr zu lernen. Nach Dankesworten des Geheimen Bergrats Köhlig von der preussischen Landeskohlenstelle machten die Festteilnehmer einen kurzen Rundgang durch die Ausstellung. Sie bietet nichts, was zur Verdrängung eines bloßen Unterhaltungsbedürfnisses dienen könnte. Sie ist aber reich an belehrenden Aufklärungen über Gewinnung und Heizwert der verschiedenen Brennstoffe, über ihre vorteilhafteste Verwertung, über die Einrichtung der Stubenöfen und Kachelöfen, über die Abhängigkeit des Wärmeabflusses der Räume von Material und Stärke der Hauswand. Alle

Brennstoffe sind berücksichtigt, nicht nur Kohle und Koks, sondern auch Holz und Torf und selbstverständlich auch Gas.

Den Besuch der Ausstellung können wir besonders den Hausfrauen und solchen, die es werden wollen, dringend empfehlen. Auch die tüchtigste Hausfrau, die alles längst zu wissen glaubt, dürfte hier noch Überraschungen erleben und sehen, daß man immer noch etwas dazulernen kann. Während der auf sechs Wochen festgesetzten Dauer der Ausstellung werden in ihr zahlreiche Vorträge und Vorführungen stattfinden, die das Verständnis fördern sollen. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 2 Mk., für Schulkinder die Hälfte.

Ein Rest der Groß-Berliner Zersplitterung.

Ein südes Moment des Beamtenbefolgungsgehezes vom 1. April 1920, das gegenwärtig einen Teil der Beamtenklasse Groß-Berlins in begriffliche Erregung versetzt, ist die seitige Ortsklassenfrage. Man hat mit gutem Recht die kleinen Industrieorte Westfalens ohne weiteres in Klasse A eingestuft, sofern sie mit großen Städten eine Einheit bilden. Die Vororte Berlins, die mit der Zentralgemeinde und unter sich zu einem unzertrennlichen Wirtschaftsgebiet verschmolzen sind, stufen man ganz nach Willkür ein. Wie ist es möglich, daß Orte wie Weichensee, Briß, Reinickendorf, die 7 Kilometer und weniger vom Neuen Markt entfernt sind, deren Straßen unmittelbar in die der größeren Vororte bzw. Alt-Berlins übergehen, noch immer in Klasse B eingestuft sind! Wer die Hermannstraße abwärts entlang geht, dem wird es kaum zum Bewußtsein kommen, wo das Reichsbild Neuköllns aufhört und wo Briß seinen Anfang nimmt. Trotzdem hat man Neukölln in Klasse A, Briß in B eingruppiert. Nicht, daß sich die Einwohner beider Orte gegenseitig in die Fenster gucken; nicht, daß Neuköllner Kinder massenweise nach Briß zur Schule gehen; nicht, daß eine große Zahl von Brißer Beamten in Berlin oder in Vororten der Ortsklasse A mit ihrem verhältnismäßig geringen Gehalt ihr Dasein fristen müssen, noch ein Duzend anderer Gründe sind ausschlaggebend dafür, daß es seinem Nachbarorte Neukölln in der Beurteilung der Feuerungsverhältnisse gleichgestellt wird: man macht Statistiken und dividiert endlos und kommt zu Ergebnissen, die die Tatsachen auf den Kopf stellen.

Der gesunde Menschenverstand müßte einem sagen, daß man in Groß-Berlin nicht billiger lebt, wenn man von einem Hause der Hermannstraße 100 Schritt weiter nach außen zieht. Man sollte vor allem einmal daran denken, wie mancher Grobchen den armen Vorortbeamten durch kostspielige Fahrten verloren geht, die sie mit ihrer Familie, die ihre Kinder im Interesse ihrer beruflichen Ausbildung jahrelang tagaus tagein machen müssen.

Wann wird es anders werden!

Der Raubmord in der Potsdamer Straße hat noch keine Aufklärung gefunden. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei, die nach einer bestimmten Richtung weisen, haben vorerst noch nicht zum Ziel geführt. Die vielen Zeugenvernehmungen lassen erkennen, daß die Ermordete ihre Räume zu allen möglichen Zwecken zur Verfügung gestellt hat. Sie kam dadurch mit vielen Personen in Berührung, denen sie, da sie auch Geldgeschäfte gemacht hat, bares Geld ließ, wegen der Rückzahlung aber später Auseinandersetzungen hatte. Wer zur Aufklärung dieses Mordes noch zweckdienliche Angaben machen kann, wolle sich bei den Kriminalkommissaren Runge und Dr. Schuppe melden.

Die vielseitige Feuerweh. Wegen einer Schlägerei mußte die Feuerweh in der Rheinsberger Straße 52 eingreifen. Eine Frau, die blutig geschlagen worden war, brachte die Feuerweh schleunigst nach dem Bogarus-Krankenhaus, wo sie verbunden und ärztlich behandelt wurde. An der Ecke der Prinzen- und Moritzstraße überfuhr die Straßenbahn einen jungen Mann. Die Feuerweh schaffte ihn nach dem Krankenhaus am Urban. Vor dem Hause Stralauer Str. 33 am Rosenmarkt brante ein Automobil. In der Fehrbelliner Straße 52 kam auf dem Boden ein Feuer aus, das auf den Boden beschränkt werden konnte und in der Rittenwalder Straße 38 brante das Dach. Durch Funken aus einem Schornstein war dieser Brand entstanden.

Der Inhaber des Wetttonjers Köhls ist heute auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft III verhaftet worden. Die Schuwerzeugung deutscher Sport- und Wettbanken hat durch ihren Rechtsbeistand den Antrag auf sofortige Haftentlassung gestellt.

Der Stadtbahnhof Warschauer Straße wird zurzeit durch die Neuanlage eines zweiten Vorortbahnsteiges zu einem wichtigen Umsteigebahnhof ausgebaut. In Warschauer Straße werden von der Inbetriebnahme des neuen Bahnsteiges an sämtliche Vorortzüge halten, die über die Stadtbahn verkehren. Damit wird der Bahnhof Warschauer Straße eine erhöhte Bedeutung für den Umsteigeverkehr erlangen und den Reisenden der Züge, die dort bisher nicht hielten, die Möglichkeit eines Lieberanges auf die Hochbahn ebenfalls geboten. Die Bauarbeiten, die umfangreichen Gleisverlegungen, die Schaffung einer neuen Treppe usw. erfordern, sollen in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werden.

Jungvolklist. Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3. Mitteilerversammlungen aller Ortsgruppen der Vereinigung. Tagesordnung: 1. Der Bericht der Bielefelder Delegation. Referent Keller. 2. Aussprache. Alle Ortsgruppen sind zum vollständigen Erscheinen verpflichtet. Der Arbeitsausschuß.

Arbeiter-Radfahrerverein „Groß-Berlin“. Sonnabend, abends 7 Uhr, Sommerkutschbahn Treptow, Konradstraße. — Sonntag, nachmittags, 1 1/2 Uhr, Katerdamm nach Kielemal (Feldberg).

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst mäßiger, trocken und vielach heiter bei mäßigen südöstlichen Winden, später Gemütemeigung.

Theater der Woche.

Vom 21. bis 28. August.

Vollst. Opern: Der Opernhaus. — Opernhaus: 25. Bohemien, 26. Freischütz, 27. Fledermaus, 28. Rosenkavalier, 29. Carmen. — Schauspielhaus: 25. Der Günstling, 26. Aronpfeiler, 27. Räuber, 28. Torquato Tasso, — Großes Schauspielhaus: 21. bis 26. Die Weber, 27. u. 28. Der Kaufmann von Venedig, — Deutsches Theater: 21. bis 26. Pototsch und Perimutter, 27. u. 28. Rean, — Kommerzien-Theater: 21. bis 26. Der Herr, der die Maulschelle kriegt, 27. u. 28. Pototsch und Perimutter, — Fehlbühnen-Theater: Die Tochter des Königs, — Theater in der Königgräzer Straße: Rotz, — Deutsches Opernhaus: 21. u. 25. Carmen, 26. Die Fledermaus, 27. Wagnon, 28. Bohemien, 29. Faust, — Hofmanns Erbhöfen, 26. Der Troubadour, — Schiller-Theater: 21. u. 24. Meine Frau — das Fräulein, 25. u. 27. Nora, 28. Raub der Sabinerinnen, 29. Witwenberg, — Schloß-Theater, Charlottenburg: 21. Hans Andrius, 22. bis 24. u. 26. Die Leuane des Verliebten, Die Ritzguldinen, 27. Maria Magdalena, — Die Tribüne: Hund, — Deutsches Künstler-Theater: Wenn gehört Delone? — Romantiker-Theater: Der blonde Engel, — Berliner Theater: Das Billard-Souper, — Kleines Schauspielhaus: Reigen, — Trianon-Theater: Die große Leidenschaft, — Reißbrett-Theater: 21. Traumulus, 22. Totentanz, — Zentral-Theater: Stoffs, — Theater in der Kommandantenstraße: Die Dilettanten, — Friedrich-Schiller-Theater: Die Kleins aus der Hölle, — Romische Oper: Der fidele Bauer, — Reppel-Theater: Die blaue Nagel, — Neues Operetten-Theater: American-Girl, — Thalia-Theater: Maccus, — Theater am Kollndorffplatz: Der Reiter aus Ungarn, — Theater des Westens: 21. bis 24. Morgen wieder Licht!, 25. Gefährten, 26. Die Frau des Lucullus, — Kleines Theater: Der Dieb, — Kaiser-Theater: 25. Ritz, — Wald-Theater: Die Schulungserie, — Wolf-Theater: Jugend, — Kaiser-Theater: Gärten, — Felsen-Theater: 22. bis 27. Ritz, Ritz, Ritz, 28. Tagedieb einer Verlorenen, — Galles Caprice: Die Geliebte auf Zeitung, Fieberbaum, Deutscher-Rosch.

Nachmittagsvorstellungen: Volkstheater: 21., 24., 27. u. 28. Die Fledermaus, — Deutsches Opernhaus: 25. Fledermaus, — Theater am Kollndorffplatz: 21. u. 25. Wenn Liebe erwacht, — Reißbrett-Theater: 21. Baby Windermeres Fächer, 22. u. 27. Was und Was, — Kleines Theater: 21. Galanoo's Sohn, 24. u. 27. Schmeißel, — Trianon-Theater: 21. Die große Leidenschaft, 27. Reppel, — Theater des Westens: 21. Morgen wieder Licht!, 24. Rana von Barabaim, 25. Der Revisor, — Wolf-Theater: (auf der Gartenstraße): Wenn ich dich nur hab, — Kaiser-Theater: 21. Wälder, — Felsen-Theater: 21. Fächer und Was.

